## Vorwort

Die Beiträge des vorliegenden Beiheftes gehen zurück auf ein Kolloquium, das am 31. Mai und 1. Juni 2007 im Münsteraner Sonderforschungsbereich 496 "Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution" stattgefunden hat. Da die Wahlthematik in ganz unterschiedlichen Teilprojekten dieses Forschungsverbundes eine Rolle spielte, erschien es sinnvoll, diesen klassischen Gegenstand der Politik-, Verfassungs- und Kirchengeschichte gemeinsam und fächerübergreifend mit dem im SFB entwickelten Instrumentarium zu interpretieren und zusammen mit auswärtigen Wahlforschern zu debattieren.

Die Organisatoren der Tagung und Herausgeber des Bandes, die dem Münsteraner SFB allesamt mehrere Jahre ideale Forschungsbedingungen und wichtige inhaltliche Anregungen verdanken, sind allen Autoren und Diskutanten herzlich verbunden. Stellvertretend für viele hier zu nennende SFB-Mitglieder danken wir der Sprecherin, Barbara Stollberg-Rilinger, deren Arbeiten zu vormodernen politischen Verfahren unsere Fragestellung sehr wesentlich geprägt haben. In praktischen Fragen der Organisation von Tagung und Drucklegung hat sich Maria Hillebrandt erneut als aufmerksame und hilfsbereite Stütze erwiesen.

Besonderer Dank gilt auch den Herausgebern der Historischen Zeitschrift für die Aufnahme des Bandes in die Reihe der Beihefte sowie Christian Jerger und Eckhardt Treichel für die kompetente Redaktion und Sabine Walther für das Lektorat.

Münster, Linz, Mainz, im August 2009

Die Herausgeber

## Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren – Einleitung

Von

## Thomas Weller

"Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten" – so lautet ein oft fälschlicherweise Kurt Tucholsky zugeschriebenes Diktum, dessen Ursprünge wohl eher auf irgendeiner Hauswand im Frankfurter Westend oder im Berlin-Kreuzberg der 1970er Jahre zu vermuten sind. Ganz gleich, wie man zum politischen Gehalt dieser Aussage stehen mag: In polemischer Zuspitzung wird hier ein für die Frage nach dem Verhältnis von Technik und Symbolik von Wahlverfahren zentraler Sachverhalt angesprochen. Der Sinn und Zweck politischer Wahlen – so unterstellt der Slogan – bestehe nicht etwa darin, grundlegende gesellschaftliche oder politische Veränderungen zu ermöglichen. Wahlen dienten vielmehr gerade nicht der Änderung, sondern der Bestätigung und Legitimierung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, und zwar ganz unabhängig davon, wer nach der Wahl die Regierung stellt. Dem wird man sicher nicht unumwunden zustimmen. Andererseits ist auch von politisch gänzlich unverdächtiger Seite, ja sogar von Parteivertretern selbst in jüngster Zeit wiederholt beklagt worden, daß sich die Positionen der im Parlament vertretenen politischen Parteien in vielen westlichen Demokratien mittlerweile so weit angenähert hätten, daß der Wähler heute kaum noch vor eine Wahl zwischen echten Alternativen gestellt sei.<sup>2</sup> Mag dieser Befund abhängig von konkreten historischen Bedingungen und damit prinzipiell wandelbar sein, so kommt ein prinzipielles Strukturproblem repräsentativer Demokratien hinzu, für das sich in der wahlsoziologischen Forschung die Bezeichnung "Wahlparadoxon" eingebürgert hat.<sup>3</sup> Da angesichts der großen Anzahl der Wahlberechtigten die Auswirkung einer einzelnen Stimme auf den Ausgang der Wahl verschwindend gering ist, erscheint es im Sinne einer individuellen Kosten-Nutzen-Rechnung keineswegs rational, sich überhaupt an einer Wahl zu beteiligen. Trotzdem aber tut dies nach wie vor die große Mehrheit der Wahlberechtigten.

 $<sup>^{1}</sup>$  Lediglich von der Tendenz her ähnlich äußert sich Tucholsky in seinem Gedicht "Vor und nach den Wahlen", in: Die Weltbühne, Nr. 19, 8. 5. 1928, 711.

Vgl. etwa Helmuth Schulze-Fielitz (Red.), Parteien ohne Volk. Zur Zukunftsfähigkeit der Parteiendemokratie. (Veröffentlichungen des Adolf-Arndt-Kreises, Bd. 6.) Berlin 2008.
Vgl. Anthony Downs, An Economic Theory of Democracy. New York 1957; Henrike Fröchling, Ökonomie und Wahlen in westlichen Demokratien. Eine vergleichende Rational-Choice-Analyse. Opladen 1998.